

Forderungspapier

To-Do-Liste zur Stärkung unserer Sicherheit: Das muss der Bundesrat nun anpacken!

Die wichtigste Aufgabe des Bundesrats ist Regieren. Und gouverner, c'est prévoir. Der Bundesrat trägt die Verantwortung für die Sicherheit der Schweiz (Art. 185 der Bundesverfassung). Die Sicherheit ist eine Aufgabe des Gesamtbundesrates. Nicht nur des VBS. Die GLP fordert den Bundesrat hiermit auf, in allen Departementen aktiv und koordiniert die Herausforderungen anzugehen.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine, die andauernden Konflikte in der restlichen Welt und die sich verschärfende Krise der transatlantischen Beziehungen, sowie die Zunahme illiberaler Demokratien werfen zentrale sicherheitspolitische Fragen auf. Der Bundesrat muss eine sicherheitspolitische Strategie erarbeiten, die der veränderten geopolitischen Ausgangslage Rechnung trägt und diese als Gesamtbundesrat gegen aussen vertreten. Neben einer verstärkten Diplomatie zur frühzeitigen Vermeidung von Krisen und zur Deeskalation laufender Krisen gibt es sicherheitsrelevante Aufgaben in jedem Departement zu erledigen, um parallel die Widerstandsfähigkeit der Schweiz umfassend zu stärken.

Die Sicherheit Europas ist unsere Sicherheit. Lange Zeit haben sich Europa und die Schweiz zu stark auf die USA verlassen und es versäumt, in ihre Verteidigungsfähigkeit und Resilienz zu investieren. Andere europäische Länder übernehmen jetzt Verantwortung. Die Schweiz zögert - die GLP fordert rasches Handeln.

In einem geopolitischen Umfeld, in dem der transatlantische Schutzschirm nicht mehr garantiert zu sein scheint, ist die Schweiz umso mehr auf stabile und verlässliche Beziehungen zu ihren Nachbarn angewiesen. Ein starkes, geeintes Europa ist unabhängig davon eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. Deshalb muss die Schweiz eine aktive Rolle übernehmen, um ihre Beziehungen zu Europa möglichst konstruktiv zu gestalten und damit unsere Sicherheit zu garantieren.

Auch der gesellschaftliche Zusammenhalt ist ein zentraler Faktor für die Sicherheit der Schweiz. Eine resiliente Bevölkerung, die Desinformation widerstehen, in Krisen solidarisch handeln und demokratische Prozesse verteidigen kann, stärkt unsere die Widerstandsfähigkeit.

Die GLP übergibt folgende sicherheitspolitische To-Do-Liste an den Bundesrat

- **EDA (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten):**
 - Die humanitäre Hilfe und die finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau, insbesondere der Ukraine, und weiterer kriegsversehrter Länder müssen stark erhöht werden. Die Schweiz orientiert sich dabei an wirtschaftlich vergleichbaren Ländern.
 - Unsere diplomatischen Bemühungen zur Friedensförderung sind zu verstärken.
 - Der Bundesrat muss das internationale Genf angesichts der globalen Verwerfungen und des Drucks auf eine regelbasierte Weltordnung tatkräftig innen- und aussenpolitisch unterstützen.

- **VBS (Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport):**
 - Das Verteidigungsdepartement soll die Sicherheitskooperationen mit europäischen Partnerländern vertiefen und die Zusammenarbeit mit den NATO-Staaten verstärken.
 - Rüstungsbeschaffungen sind wo immer möglich gemeinsam und koordiniert mit anderen europäischen Ländern zu tätigen (Interoperabilität).
 - Unsere Armee muss gezielt modernisiert und nachgerüstet werden, um ihre Verteidigungsfähigkeit zu verbessern und ihren Auftrag zuverlässig zu erfüllen. Dabei sind die Prioritäten gemäss einer aktualisierten sicherheitspolitischen Strategie des Bundesrates zu setzen. Der Ersatz veralteter und am Ende ihrer Nutzung angekommener Waffen und Systeme sowie die Beschaffung neuer, leistungsfähiger Ausrüstungen sind unabdingbar.
 - Als Beitrag zur Finanzierung der nötigen Rüstungsausgaben identifiziert das VBS intern existierendes Sparpotential in nicht-sicherheitsrelevanten Bereichen. Das VBS soll einem umfassenden Assessment unterzogen werden und wo erforderlich Verbesserungen in den Bereichen Ausbildung, Führung, Beschaffung und Kommunikation umgesetzt werden.

- Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) muss leistungsfähiger werden. Es ist wichtig, einen internen Audit einzurichten, um seine Fähigkeit zur Abwehr ausländischer Spione zu beurteilen, den Abgang von qualifiziertem Personal zu verhindern und die Hauptaufgaben neu zu definieren.
- Eine allgemeine Dienstpflicht (z.B. Service Citoyen) für Frauen und Männer ist einzuführen, bei welcher der Dienst in Armee, Zivilschutz oder Zivildienst geleistet werden kann.
- **EPD (Eidgenössisches Finanzdepartement):**
 - Das Finanzdepartement bildet einen ausserordentlich verbuchten Fonds zur Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa. Mit diesem sollen die humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau in der Ukraine finanziert werden.
 - Erarbeitung einer Gesamtstrategie zur Finanzierung des sicherheitspolitischen Mehrbedarfs: Das Finanzdepartement prüft ergebnisoffen verschiedene Finanzierungsvarianten zur Abdeckung der sicherheitspolitischen Prioritäten. Es sollen alle Optionen (bspw. Fondslösung, Investitionsausgaben auf Kredit, gezielte Minderausgaben in anderen Bereichen, Mehreinnahmen) oder eine Mischfinanzierung in Betracht gezogen werden.
 - Die angespannten internationalen Beziehungen gefährden die Cybersicherheit der Schweiz, insbesondere durch häufige und vielfältige DDoS-Angriffe, die die Arbeit gewisser Bundesämter, wie etwa des Bundesamts für Polizei (fedpol), erheblich beeinträchtigen. Das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) muss Massnahmen ergreifen, um den reibungslosen Betrieb der Bundesverwaltung jederzeit zu gewährleisten.
- **EJPD (Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement):**
 - Es braucht eine langfristige Strategie für Schutzsuchende in der Schweiz, insbesondere für jene mit Status S: Ihre finanzielle Unabhängigkeit und Arbeitsintegration müssen stark gefördert werden. Dank verbesserter und erhöhter beruflicher Integration kann für diese Menschen eine Perspektive in der Schweiz und auch für eine mögliche Rückkehr nach dem Krieg geschaffen werden.
 - Die Schweiz muss eine klare Strategie im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Schwerekriminalität entwickeln. Die Unterwanderung der legalen Wirtschaft sowie der grenzüberschreitende Drogen-, Waffen- und Menschenhandel stellen eine erhebliche Bedrohung für die Wirtschaft und insbesondere für unsere KMU dar.
- **UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation):**
 - Unsere Energieversorgung ist besser abzusichern und unsere Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren (fossile Energien und Uran). Das UVEK muss in Zusammenarbeit mit dem Parlament dringend ein Energie-Resilienzkonzept erarbeiten und umsetzen. Der Ausbau der einheimischen, erneuerbaren Energien muss Hand in Hand mit einer Speicherstrategie weiter beschleunigt werden.
 - Es bedarf einer aktiven Bekämpfung von Desinformation und hybrider Kriegsführung über soziale Medien. Zum Schutz vor Desinformation muss die Resilienz der Bevölkerung durch gezielte Information, Aufklärung zu Cybersicherheit und der Identifikation von Usern digitaler Plattformen gestärkt werden.
 - Das UVEK muss die Schweizer Kommunikationsinfrastrukturen vor ausländischer Einflussnahme schützen. Das UVEK erarbeitet zusammen mit den Telekommunikationsanbietern eine Strategie aus, wie die Mobilfunknetze gehärtet und das Risiko beim Einsatz von sensiblen Technologien aus Risikoländern minimiert werden können. Zudem soll das Departement die Telekommunikationsanbieter überwachen und die europäische Zusammenarbeit im Bereich Cybersicherheit und Datenschutz verbessern.
- **WBF (Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung):**
 - Die Wiederausfuhr von Rüstungsgütern durch Drittstaaten soll möglich sein, wenn demokratische Staaten sich verteidigen müssen. Dazu ist es eine völkerrechtskonforme Neuregelung der Kriegsmaterialbestimmungen umzusetzen.
 - Unsere humanitäre Tradition steht über einer engen Auslegung des Neutralitätsrechts. Die Schweiz stellt der notleidenden Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten Schutzmaterialien zur Verfügung und beteiligt sich an der medizinischen Versorgung.
 - Innovationen aus Forschung und Wirtschaft sollen in sicherheitsrelevanten Krisenlagen rasch und unbürokratisch eingesetzt werden können. Vereinfachte Zulassungs- oder Testverfahren sollen dabei möglich sein, wenn kein alternatives Mittel mit geringeren Risiken verfügbar ist und die Massnahme dringend sowie verhältnismässig ist.
- **EDI (Eidgenössisches Departement des Innern):**
 - Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat die medizinische Versorgungssicherheit durch Abkommen mit Partnerländern und durch den gezielten Ausbau von Pflichtlagern zu erhöhen.

- Das EDI soll, gemeinsam mit dem EJPD, die Risiken von Extremismus überwachen, insbesondere bei Gruppen, die ein Radikalisierungspotenzial aufweisen. Es richtet Präventionsprogramme ein, um diese Risiken zu begrenzen und die innere Sicherheit des Landes zu gewährleisten.
- Die kritische Infrastruktur im Gesundheitsbereich muss identifiziert und ein passendes Schutzkonzept ausgearbeitet werden. Es bedarf einer verbesserten Planung von Klinikkapazitäten in Katastrophen- und Verteidigungsfällen.

Verabschiedet durch die Delegiertenversammlung vom 5. April 2025 in Brig